

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Er scheint täglich,
mit Ausnahme der
Sonntage und Festtage.

Preis vierteljährlich
hier 1.10 M., mit Zustell-
geld 1.20 M., im Bezugs-
ort 10 km. Weite
1.25 M., im übrigen
Württemberg 1.35 M.,
Postzusatz 10 Pfennig
nach Verhältnis.

Verantwortlicher Hr. 29.

88. Jahrgang.

Verantwortlicher Hr. 29.

Kunzigen-Verlag
i. d. Haupt- und
gewöhnl. Schrift oder
beim Mann bei
Stückzahl 10 g.
bei mehrmaliger
Entsprechend Rabatt.

Mit dem
Hauptverlag,
Haupt-Verlag
und
Schulb. Verlags.

1909

M 143

Mittwoch, den 23. Juni

Der Postbote kommt

in diesen Tagen zu jedem Leser und zieht
das Abonnement für das III. Vierteljahr
1909 ein. Wer eine Unterbrechung im
Bezug des

„Gesellschafter“

vermeiden will, bestelle alsbald.

In letzter Stunde.

Die Beratungen über die Reichsfinanzreform in der
Finanzkommission hatten zu einem außerordentlich bebauer-
lichen Zwischenfall unter den bürgerlichen Parteien geführt,
so daß ein Teil der Abgeordneten wegen Meinungsver-
schiedenheiten über die Handhabung der Geschäftsführung
vorzeitig die weitere Mitarbeit niederlegte. Dem am 15.
Juni wieder zusammengetretenen Reichstage ist die Aufgabe
zugewiesen, diesen Zwischenfall zu beseitigen und das große
Werk, das man mit Recht als eine vaterländische Aufgabe
erkennen und begreifen, auf einer breiten Grundlage unter
Zusicherung möglichst aller bürgerlichen Parteien zu vollenden.
Auf diesem Gebiete war von Anfang an der Finanzplan
der breiten Massen durch indirekte Steuern eine angemessene
Heranziehung des Besitzes zur Aufbringung der neuen
Steuern forderte.

Als geeignete Steuer war zu diesem Zwecke von der
Regierung die Ausdehnung der bereits bestehenden Erb-
schaftssteuer auf Kinder und Ehegatten vorgeschlagen
worden, weil nur sie noch Dinge der Höhe des Besitzes
einer gewissen Höhe an sicher und gleichmäßig erzielt. Hier-
gegen hatten jedoch einige Parteien Einwände erhoben,
die an sich einer gewissen Berechtigung gewiß nicht entbehren,
die jedoch keineswegs für das Zustandekommen des Werkes
entscheidend sein dürften. Es würde außerordentlich
bedauerlich sein, wenn das Werk an der Hartnäckigkeit der
der zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit der Parteien
scheitern sollte; das Festhalten der Mehrheit der Finanz-
kommission an ihren bisherigen Entschlüssen müßte zu einem
in seinen Folgen gar nicht abzusehenden Kampfe mit der
Regierung führen, von dem infolge der dadurch hervorgeru-
fenen allgemeinen Unzufriedenheit nur eine Partei, näm-
lich die radikale Sozialdemokratie, Gewinn haben
würde. Man sollte nicht vergessen, daß im Deutschen Reich
alle bürgerlichen Parteien Anspruch auf Berücksichtigung
ihrer politischen Wünsche haben und daß eine Zurücksetzung
der einen oder anderen Partei notwendigerweise zu einer
Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsschichten mit unserer
Politik führen muß.

Herr Bülow hat in einer bedeutsamen Rede im Reichs-
tage eindringlich auf die Notwendigkeit dieses gemeinsamen
Zusammenwirkens hingewiesen und mit treffenden Worten
die Verdienste geschildert, die die rechten wie die linken
bürgerlichen Parteien sich um das Deutsche Reich erworben
hätten. Denn wenn auch die deutsche Einheit geschaffen
worden sei von Männern, die der konservativen Gedanken-
richtung angehörten, so sei doch der Liberalismus für das
Deutsche Reich ebenso unentbehrlich, und kein Verräter als
Herr Bismarck habe anerkannt, daß der unser gegenwärtiges
Staatsleben beherrschende vaterländische Gedanke in liberalen
Kreisen geboren sei. Man werde in Süd- und Mitteldeutsch-
land lernen müssen, den Wert der konservativen Denkens
höher zu schätzen, aber ebenso werde man auch in Breiten
nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus ebenso für das
Deutsche Reich unentbehrlich sei. Selber aber sehe man bei
uns noch dieselbe auf dem Standpunkte, daß man den, der
in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen anders
denkt als man selbst, für minderwertig hält und demen-
sprechend behandelt.

Man sollte meinen, daß es den Abgeordneten im

Reichstage gelingen müßte, sich über diesen Standpunkt zu
erheben. In weiten Schichten des deutschen Volkes hat
man jedenfalls für eine derartige Unnachgiebigkeit kein Ver-
ständnis, sondern wünscht von ganzem Herzen eine politische
Zusammenarbeit aller bürgerlichen Parteien. Müge man
daher im Reichstage bekräftigt sein, auch bei der wichtigen
Frage der Reichsfinanzreform die trennenden Gedanken zu-
rückzustellen und das große Werk der Reichsfinanzreform in
einer Weise zu Ende führen, die alle bürgerlichen Kreise be-
friedigt und nicht überflüssigste Anzweiflungsbahn, die
nur der Sozialdemokratie zugute kommen würde.

Politische Nebenakt.

Am Abwehrmaßregeln gegen die von der Finanz-
kommission des Reichstages beschlossene „Erbvererbungssteuer“
zu beraten, hat in der Oberkammer zu Berlin eine
Kommission von Delegierten der maßgebenden Berechtigungen
der Spirituosenindustrie, der Tabakindustrie, des Brannt-
gewerbes, der Porzellanindustrie und des graphischen
Gewerbes tagen. Man beschloß die Bildung einer
engeren Gemeinschaft zur Vertretung berechtigter Interessen
bei den nachfolgenden Gesetzgebungen der Reichsfinanzreform,
sowie zur gemeinsamen Bearbeitung künftiger Gesetzvor-
lagen, in der gleichzeitigen Absicht, durch dieses Zusammen-
schluß auch die Beziehungen des Bundes Bundes wirksam
zu fördern.

Die finanzielle Deputiertenkammer begann am
Freitag die Besprechung einer Interpellation über die all-
gemeine Politik. Man schenkte den nationalpolitischen
Sache heftige Angriffe gegen die Republik und warf der
Regierung vor, sie sei unfähig, ihr Programm durchzuführen.
Von Clemenceau's Ruf nach zur Macht werde nichts übrig
bleiben, als die Erinnerung an das bei dem Marschall
und Willen der verstorbenen französischen Kaiserin. Die Sitzung
wurde jedoch unterbrochen. — Fallières wird am 31. Juli
auf seiner Reise nach Gherburg zur Begegnung mit dem
Baron von Moltke begleitet werden. — Da die
dem Schicksal der Postbeamten gefällte Zeit zur freiwilligen
Aufschiebung abgelaufen ist und kein Mitglied des Ausschusses
die bei der Seiner-Präsidenten hinterlegten Statuten zurück-
gegeben hat, wird von der Staatsanwaltschaft die gericht-
liche Verfolgung der Gründer des Syndikats angeordnet.

In der städtischen Kammer behandelte man am
Samstag eine Interpellation über die Kriegfrage. Kammer
und Regierung zeigten sich einzig in der Auffassung, daß
von einer Angleichung der Insel an Griechenland gar
keine Rede sein könne und daß man den Besitz der Insel
mit allen Mitteln verteidigen müsse. Die Anträge in
diesem Sinne wurden ohne besondere Abstimmung angenommen.
In der Debatte wurde u. a. erklärt, daß Deutschland zu jedem
Opfer für die Verteidigung seiner Rechte an Streifen bereit
sei, so die Schwach der bisherigen Landesverträge vergessen
zu machen. — Der Generalstab des 3. Armee-Korps,
Hilf, hat Befehl erhalten, die militär-geschichtliche Gruppe
zu inspizieren. — 19 zur Dienstleistung im deutschen Heer
bestimmte Offiziere werden in den nächsten Tagen abreisen.
38 Offiziere, Beamte und Wärterträger des alten Regimes
sind als Verbannte nach verschiedenen Orten eingeschickt
worden. — Der Generalinspektor in Saloniki hat von der
Regierung Befehl erhalten, die Aushebung und Durchfuhr
seiner Brigade-Materialien über Saloniki zu gestalten. Es
sollen größere Mengen von Munition aus Frankreich und
Belgien unterwegs sein. — Der mächtige mesopotamische
Stamm der Hamadani hat die Stadt Sulaimani ge-
nützt und alle strategischen Positionen im Irakreis besetzt.

Wie aus Persien gemeldet wird, sind 400 Hoch-
kommande auf dem Weg von Isfahan nach Rum und
Idum, da unlangst die Truppenabteilung aus Keschun
abberufen wurde, nachdem dort schon gelandet. In Keschun
herrscht volle Anarchie; der Kardensführer Mirza Nizam
wurde ermordet. Die Besatzung, die Soldaten und
Revolutionsäre hatten sich zu gemeinsamen Vorgehen gegen
die Hauptstadt vereinigt, rüst in Teheran große Besorgnis
heraus. — In Armenia sind zur Verstärkung der Schutztruppe
des russischen Bysens 40 Mann der Truppenabteilung
von Tadriz eingetroffen. Das russische Lager in
Tadriz ist aus familiären Gründen mit Zustimmung
des Schahs in die Nähe des dem Schah gehörigen
Gartens Baghshamal verlegt. Eine Artillerie- und
zwei Schützenkompanien sind nach Keschun zurückgeführt. —
Im Stadiviertel Armenien wurden ein russischer Schützen-
posten und das benachbarte russische Generalkonsulat über-
fallen. Schmutzige Kugeln, mit Kugeln des russischen,
erhaltenen Durchschlags mit der Forderung, daß die russischen
Truppen unerschütterlich abberufen werden.

Bei der kubanischen Regierung hat das ameri-
kanische Staatsdepartement Vorstellungen erhoben, um
ähnlichen Vorgängen wie der kürzlich erfolgten Vergebung
einer Waffenlieferung an eine deutsche Firma vorzubeugen.
Es handelt sich hierbei nicht um einen direkten Vertrag,
jedoch ist das Staatsdepartement der Ansicht, daß Cuba
keine Lieferungen ohne Konturrenz-Ausweisung vergeben
sollte und daß amerikanische Fabrikanten die weitestgehende
Konturrenz besonders bei Munitionslieferungen ermöglicht
werden müßte.

Die ostafrikanische Zentralbahn hat am 17. d.
M. mit der Gleispitze Kioffa den Endpunkt der ersten
Teilstrecke jenseits Morogoro erreicht. Damit ist ein Drittel
der gesamten 900 Kilometer langen Zentralbahn Dar-es-
Salaam-Labora fertiggestellt. Der Weiterbau nach
Rupans-Alimantande ist sofort in Angriff genommen worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Am Bundesratliche: Sydow, Delbrück, Hadenstein.
Die Aussprache über die Finanzreform.

Zweite Sitzung: Die Rotierungssteuer.

Dr. Koejke (Lini.): Es hat fast den Anschein, als
ob es nicht auf die Ordnung der Finanzen des Reiches
ankomme, sondern auf die Erweiterung der Erbschaftsteuer.
Dabei war dies der einzige Steuerentwurf der Regierung,
den wir abgelehnt haben, während die Regierung auf fast
alle ihre Vorlagen von links einen Reich nach dem andern
erhalten hat, eine ganze Riste voll. (Sehr wahr! rechts,
Widerpr. links). Trotzdem haben wir uns auch da nicht
negativ verhalten, sondern mitgearbeitet, während die Linke
sich der Arbeit einmal entzogen hat. (Lärm links, sehr
richtig rechts und im Str.) Und dabei ist es schon ein
wesentliches Zugeständnis von uns, daß überhaupt ein Teil
des Bedarfs durch Besteuern aufgebracht werden soll.
Wir bestreiten, daß die Erbschaftsteuer eine allgemeine
Besteuerung ist; sie trifft nicht die großen Gesellschaften und
auch nicht diejenigen, die ihr Erbschaft als Person oder Rente
besitzen. Es muß endlich mit dem Grundbesitz gebrochen
werden, daß nur das immobile Kapital geacht wird. Die
Finanznot hat ihre Ursache in den Flottenausgaben und
der sozialen Fürsorge und daran ist das mobile Kapital
in erster Linie interessiert. Daher soll es auch Steuern
zahlen. Der unbediente Gewinn muß geacht werden,
denn er ist nur der Größe des Reiches zu verdanken.
1893 hat die Regierung den unfernen Antrag zugrunde
liegenden Gedanken einen guten genannt; wie kann sie ihn
also jetzt bekämpfen? Die Rotierungssteuer ist eine For-
derung des Mittelstandes, aber bei der Erbschaftsteuer
würde es mit Kuriergeschwindigkeit weiter gehen. Man
verwechselt liberal mit demokratisch. Einer muß doch zahlen,
einer muß doch geschädigt werden. Nicht die Rotierungs-
steuer treibt das Kapital aus Frankreich, sondern die Erb-
schaftssteuer, der Postzoll, die Konfiskation der Kirchen-
vermögen. Nicht wir führen einen Kampf um politische
Macht; wir sind in der Defensive, (Schäfer links) dagegen,
daß die Regierung die Geschäfte der Liberalen führt, daß
sie zu einer demokratischen Regierung wird. (Schäfer
links). Die Erweiterung der Erbschaftsteuer ist eine
nationale Gefahr. Wir Konservativen sind immer bereit
gewesen, Opfer zu bringen. (Großes Gelächter links,
Lärm; die große Platte). Aber der Handaband ist
erst entstanden, als es an das mobile Kapital gehen sollte.
(Gelächter links, Beifall rechts). Die verhandelte Regier-
ungen wollten den Aufschwüngen der Mehrheit des Reichs-
tags entsprechen. (Schäfer Beifall rechts und im Str.)
Und ich gebe diese Hoffnung nicht auf. (Schäfer Beifall
rechts).

Staatssek. Sydow: Die Stellungnahme der Regierung
1893 war nicht als eine Verkündung der damals
herrschenden Richtung, die dann zu der Einschränkung des
Bürgerlichen von 1896 führte. (Beif. Zus. links und
Hört! Hört! und Lärm rechts und im Str.) Man sagt
zu etwas, um den Mann, der etwas sagen will, loszuwerden.
(Gr. Lärm rechts und im Str.) Das ist Bismarck'sches
Regiment: Man lehnt etwas, was man auf den ersten Blick
als nicht durchführbar erkennt, nicht gleich ab, sondern
sagt: es spricht ja viel für den Vorschlag, ich werde mir
die Sache reiflich überlegen; und kommt der Herr dann
wieder, dann sagt man ihm: Ich habe es mir überlegt, es
geht nicht. Dann wird der Mann der Überzeugung sein,
daß er seiner vorgefaßten Meinung gegenübersteht und die
Sache erledigt. (Gr. Hört. links, Lärm rechts). Der
Schäfer erklärt gegen die Rotierungssteuer.

Kampf (H. Sp.): Die Kollerungssteuer steht auf der Tagesordnung; aber 7/8 der bisherigen Ausführungen betrifft die Erbschaftsteuer, also eine nationale Tat ist die Ablehnung der Erbschaftsteuer. Und also sind die, die dafür eintreten, antinational, auch die (schlechten) Konventionen! (Hört! Hört! laut). Gerade das mobile Kapital wird von der Erbschaftsteuer hart gefolgt. Erstlich war das feste Einkommen der Regierung für Erbschaftsteuer und gegen die Kollerungssteuer. Hoffentlich bleibt sie dabei. Der Kaufmann wird die Bevölkerung aufzuteilen zum Kampf. Wir arbeiten an der Kollerungssteuer nicht mit. Wird sie Selig, dann wird es an der Börse sehr dbe werden. Viele Papiere werden vom Kursstiel der Börse verschwinden. Die Herren von der Rechten können ja selbst ohne die Börse-Kollerungen nicht auskommen, sie brauchen den wirtschaftlichen Regulator. Ein harter Beiß an Wertpapieren ist die beste finanzielle Hülfsmittel. (Sehr richtig laut). Belassen Sie jetzt die Industrie, so wird die Folge ein Sinken der Wäse sein. Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigt 80 Prozent der Bevölkerung. Wir verlangen für sie keine Bevorzugung, aber freie Bahn für ihre weitere Entwicklung. Nur dann wird die Finanzreform von Dauer sein.

Rüller-Galbe (Hr.): Die Kollerungssteuer ist keine Konsumsteuer gegen die Börse. Der Redner wendet sich gegen Dr. Weber. Nicht nur Bankiers verstehen etwas von der Sache, es kann nicht jeder Mensch Bankdirektor sein. Der Redner bezeichnet die Kollerungssteuer als unrichtigen Ausgleich zwischen den Berufsgruppen, beruft sich auf den früheren Abg. Böhm, der 1883 für eine Kollerungssteuer eingetreten sei und nennt es patriotische Pflicht der Börse, ihren Teil an den Steuern zu tragen. Die Kaufleute von Bankiers und Kaufleuten, die mit der Kollerungssteuer einverstanden seien, seien im Besitz Schatzkammern nicht zu Wort gekommen. Der Mittelstand in Sachsen hat sich bereits gegen den Kaufmann erklärt; die Sachen haben einen neuen Richter. (Zurück laut: Auch in der Erbschaftsteuer! Hr. Hilt.) Auch ich werde durch die Kollerungssteuer erheblich getroffen, aber es macht mir nichts aus. (Hr. Hilt.) Nicht die Toten, die Lebenden sollen zahlen. Eine Ablehnung der Kollerungssteuer wäre eine Beherzung vor dem Großkapital. (Beif. rechts und im Hrt.) Sie ist die Gerechtigkeit und Vernünftigkeit im ganzen Steuerwesen. (Beif. und Hrt.)

Reichstagspräsident Harnack bespricht die Kollerungssteuer vom Gesichtspunkte der Reichsbank und legt vom Standpunkt der allgemeinen nationalen, volkswirtschaftlichen Interessen und die ersten Gefahren und Bedenken dar, die die verbündeten Regierungen zur Ablehnung führen müssen. Wenn man sich früher einmal für diesen Gedanken ausgesprochen habe, so liege das daran, daß er an sich sympathisch sei und man damals keinen Anlaß gehabt habe, ihm näher nachzugehen. Nicht die Börse werde der Träger dieser Last sein, sondern das deutsche Volk, die Besitzer der Papiere, die großen und kleinen Kapitalisten. Die Kollerungssteuer sei ein unbilliger und einseitiger Zuschlag zur Vermögens- und Einkommensteuer. Die Besitzer der Aktien der Deutschen Bank würden eine nicht wieder einzubringende Schenkung ihres Vermögens um 30 Millionen erleiden. Der Kursverlust bei Kommunalpapieren, Wandaktien, Hypothekendarlehen usw. würde 5 bis 600 Millionen betragen. (Hört! Hört! laut.) Bei industriellen Werken würde der Kursverlust 110 Millionen betragen, die Einkommensteuer der Kollerungssteuer würde ein pöbliches Sinken des Kurses zur Folge haben, das einem dauernden Verlust an Kapitalvermögen von etwa 2 Milliarden gleichkäme. (Hört! Hört! laut.) Das gute deutsche Geld würde im Ausland gehen und wir müssen für kurze Zeiten nach Kapital im Ausland haben, wir müssen eine Karte haben, die mehrere Trümpfe hat, wir brauchen eine Karte und leistungsfähige Börse. Die Karte Weltwirtschaftslehre Englands beruht ganz wesentlich auf der Reichsstellung der Börse von London. Wollten wir einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung entgegenreten, so dürfen wir die Kollerungssteuer nicht annehmen. (Beifall laut.)

Dr. Franke (Soz.) spricht namens der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Kollerungssteuer, die indirekt auch die Arbeiterklasse trifft.

Weiterberatung Dienstag 2 Uhr. Außerdem: Rechnungslegung, Petition und Reichstagsrat betr. Tempelhoferschloß. Schluß: 7 Uhr.

Reichstagsauflösung.

Berlin, 22. Juni. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung soll in den letzten Tagen eheulich näher geprüft sein. Das Abstimmungsresultat vom Sonntag soll auf den Reichstagspräsidenten einen tiefen Eindruck gemacht haben und auch er soll unweigerlich der Ansicht sein, daß der Block wirklich tot ist. In Bundesratkreisen ist man sehr skeptisch, jedenfalls ist es nicht gemeint, sich den Beschlüssen der konservativ-liberalen Mehrheit zu fügen. — U. K. schreibt zur parlamentarischen Lage: Dritte sind die ersten Bestimmungen zur Finanzreform zu erwarten. Die Kollerungssteuer wird voraussichtlich mit einer verminderten Reichheit angenommen. Die Entscheidung über die Erbschaftsteuer liegt bei den Sozialdemokraten und bei der Reichspartei. Wenn sich die Sozialdemokraten einschließen, für die Erbschaftsteuer zu stimmen und wenn die Reichspartei auf die Forderung einer Sicherung gegen künftige Erweiterungen oder Erhöhung der Steuer verzichtet, so ist die Annahme nicht ausgeschlossen. — Graf Stolberg konnte wegen Erkrankung der geliebten Sitzung nicht betreten. Er hofft jedoch am Donnerstag das Reichstags wieder übernehmen zu können.

Berlin, 21. Juni. Die Nationalliberalen treffen bereits Vorbereitungen für die Reichstagsauflösung. An

Samstag hielt die nat.-lib. Parteivorstände für die Provinz Hannover in der Provinzialhauptstadt einen Beratertag ab, an dem unter anderem die Abg. Baffermann und Schiffer teilnahmen. Baffermann hielt eine Rede, in der er ausführte: Bei der Finanzreform handle es sich heute nur um eine politische Maßnahme. Das Zentrum sehe sich über alle Rücksichten auf die Interessen des Mittelstandes und der Industrie hinweg und verfolge nur das eine Ziel, die Macht im Reichstage wieder zu erlangen. Eine Reichstagsauflösung sei darum im gegenwärtigen Augenblick für die liberalen Parteien nicht angünstig, denn überall im Lande verbreite sich immer mehr die Erkenntnis, daß das Interesse des Volkes dem Partei-Interesse des Zentrums geopfert werden solle. Sollte die konservativ-liberalen Finanzreform Gesetz werden, dann werde die Unzufriedenheit im Lande wachsen und man werde dann 1911 Gelegenheit haben, einen guten Kampf zu führen. Der Redner glaubt jedoch nicht, daß die Regierung den Vorlagen der konservativ-liberalen Mehrheit zustimmen und das insbesondere Fürst Bälou in der letzten Phase seines Wirkens seinen Namen als Reichstagspräsident preisgeben und sich dem Joch des Zentrums beugen werde.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 22. Juni. Die Zweite Kammer führte heute die Beratung des Eisenbahngesetzes immer noch nicht zu Ende. Zunächst beschäftigte sich an eine Eingabe der Verkehrsbeamten vom niederen Dienst um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse längere, 3 T. recht lebhaft Auseinandersetzungen, deren Brisanzigkeit um so weniger zu verstehen ist, als sich das Hand wähl einzig war in dem Willen, für die Befestigung der Zwischengehaltsstufe von 1700 M die erforderlichen Mittel (66000 M) zu beschaffen. Ministerpräsident v. Weizsäcker sah sich widerwillig veranlaßt, das Wort zu ergreifen und verbot trotz der Gemühtlichkeit des Hauses bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Eingabe und zwar mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage und auf einen Beschluß der Staatsregierung, wozu Gehaltsaufbesserungen nicht einer einzelnen Kategorie zuteil, sondern nur im Zusammenhang mit der in Aussicht gestellten allgemeinen Gehaltsaufbesserung gewährt werden sollten. Einem Antrag Graf (3.) der Aufbesserung die Gehälter der Beamten vom niederen Dienst riethellisch zu regeln, wurde zugestimmt. Weiterhin wurde noch eine große Anzahl von Unterbeamtenangelegenheiten behandelt und die Mehrzahl von ihnen für erledigt erklärt. Angenommen wurden ein Antrag Rüdiger und ein Antrag Sell zu Gunsten des Dolmetschersonals. Morgen Fortsetzung.

Tages-Neuigkeiten.
Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 22. Juni 1909

Evangel. Arbeiterverein. Am Samstag abend hielt Arbeitersekretär Fischer einen Vortrag über das Thema: "Warum und in welchem Sinn sind wir sozial?" Er ging aus von der Tatsache, die in unserem Volk vor sich geht, der Verschlebung der Erwerbskräfte durch die Industrie; er deutete auf die Notwendigkeit der Arbeiterbildung; wir haben etwa 42 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern. Diese Tatsache ist von einer einschneidenden Wirkung auf die geistliche, geistige und politische Entwicklung unseres Volkes. Zurück zur bloßen Handarbeit führen wir immer gehen. Schon heute werden die Bedürfnisse unseres Volkes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen weit nicht mehr von dem einheimischen Bauernstand ausgebracht. Diese Tatsache stellt uns vor die schwierige Frage: was ist das für ein Reichsgeschlecht, das in diesem Industriezeitalter in die Höhe kommt? Dabei kommt es gar nicht bloß auf den Lohn an, sondern darauf, daß der Industriearbeiter, der jenseit der abhängige Mann auf Lebenszeit ist, das Maß persönlicher Freiheit erlange, das der Mensch auch zum tätigen Handeln braucht. Wer den Wert der Industrie und die Aufgabe, die aus dieser Angelegenheit des wirtschaftlichen Lebens entspringt, anerkennt, der muß für die rechtliche Sicherung der Arbeitsbedingungen eintreten, für eine Politik der Sozialreform, nicht bloß der Wohltätigkeit, also erkennen für die Verbesserung der Lage bis zur Arbeitslosenversicherung, dann für das Gewerkschaftswesen, sein Recht und seine Pflicht, und drinnen für das Gewerkschaftswesen. Die soziale Frage ist eine Lebensfrage für unser Volk. Es ist eine Pflicht des Arbeiters zur Selbsthilfe, eine Pflicht des Staates zur sozialen Reform, und eine Pflicht des Bürgertums, sich überhaupt die Kenntnis all der einschlägigen Fragen zu verschaffen und dann an der Arbeiterbewegung als einer Kulturbewegung von seinem Standpunkt aus mitzuarbeiten, festzustellen. Der Redner verstand die Arbeiterfrage nicht als eine Brotfrage, sondern als eine der wichtigsten Kulturfragen unseres Volkes. Dabei stellte sich ihm klar heraus, daß ohne das Pflichtgefühl, das das Christentum dem Menschen gibt, die soziale Frage nicht gelöst werden kann. Man muß an der sozialen Frage mitarbeiten, damit unser Volk und der Arbeiterstand (eine höchsten Ziele erreichen, in denen der ganze Menschwert liegt. Die Aussprache drehte sich um das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft, um die religiöse Frage eines alten weltlichen Christentums und einer neuen Weltreligion, und dann um die praktische Frage, ob man nicht einmal es so weit bringen, daß nicht bloß der fröhliche Arbeiter Zeit zur Bereinigung, sondern der gehetzte Arbeiterzeit zur Erholung bekommt. Der Bergarbeiter sei mit 38 Jahren ein verbrauchter Mann. — Es ist eine Freude, Fischer zu hören, der aus einer reichen Erfahrung und tiefem Arbeitsstrenge herausredet. Und wir sind ihm dankbar, daß er zu uns noch einmal gesprochen hat, diese interessante, aus dem Arbeiterstand herausgewachsene, geistvolle Rede unserer Zeit, — die er in seinem neuen Wirkungskreis nach Heilbronn übergeht. — Er wird auch häufig mit den evangel. Arbeitervereinen verbunden bleiben.

Sonderzüge werden vom Reich der am 26. Juni 1909 in Badwilsberg stattfindenden Jubiläumssfeier des Kaiserregiments König Wilhelm I auf den württembergischen Staatsbahnen mit Fahrpreisermäßigung geführt. Teilnehmer die sich durch Festabzeichen ausweisen, wird die Benutzung der Sonderzüge zum Preis von 1,75 M für einen Kilometer der einfachen Fahrt gestattet. Auf die Familienmitglieder der ehemaligen Regimentangehörigen erstreckt sich die Fahrpreisermäßigung nicht. Der Fahrplan der Sonderzüge, ist durch Aufschlag auf den Stationen bekannt gegeben.

1. Mittenfest, 22. Juni. Dieser soll hier wieder ein Kinderfest in gewohnter Weise abgehalten werden. Als Tag ist der 29. Juni (Feiertag Peter und Paul) in Aussicht genommen. Hoffentlich landet aus St. Peter gut Wetter zu seinem Namenstag.

Sehlingen, 23. Juni. Bekanntlich brannte es in den letzten Monaten verschiedentlich, so am 16. Okt. 1908, am 1. Jan. 1909 und am 1. Juni 1909; es wurde Brandstiftung vermutet und den Bewohnern des Oberlaubiger Hölzer in Heilbronn ist es nun gelungen eine Frau B. als der Tat in den 3 Fällen bringend überführt zu erweisen. Sie soll teilweise unzurechnungsfähig sein und in diesem Zustand die Brandlegungen verübt haben. Sie leugnet zwar, wurde aber verurteilt und soll heute nach Tübingen in die Anstaltshaft abgeführt werden.

Verrenberg, 20. Juni. Gestern wurde der in weiteren Kreisen bekannte Gähle, Privatier Wilh. Zerwed unter zahlreicher Beteiligung in Grabe getragen. Im Jahr 1894 erbante er nach Verkauf seines kleineren, von seinem Vater übernommenen Brauereianwesens zum Röhle die Osterbrunnerei. In politischer Beziehung stand er fern auf dem Boden der Deutschen Partei, die Heimwehr stützte ihn zu ihren Ehrenmitgliedern, auch war er mehrere Jahre als Bürgerausschussmitglied tätig. Der Fahren trauerte sich zum letzten Gruß über seinem Grab.

Horb, 21. Juni. Am Sonntag hatten die Vertreter der Rechtsgenossenschaften des Württemb. Schwarzwaldbereichs in dieser Stadt ihre jährliche Zusammenkunft im Goshof zum "Bären" und war die Beteiligung, auch vom benachbarten Hochzollern, eine sehr rege. In Beginn der Verhandlungen begrüßte der Direktor der hiesigen Spar- und Baukassendirektor Herr Kaufmann Tengel, die Gäste mit dem Wunsch einer ergebnisreichen Tagung, die unter Leitung von Herrn Bankdirektor Bahlinger-Salz und eingehenden Referaten des Dr. Bankdirektor Sel-Tuttlingen mehrere Stunden in Anspruch nahm, und manche wichtige Punkte gemeinschaftlicher Angelegenheiten im lebhaftesten Gedankenaustausch zur Erörterung brachte. Eine Petition an den Reichstag um unbedingte Verwerfung der geplanten Erbschaftsteuer wurde lebhaft begrüßt und sofort in Diskussion gegeben. Einem gemeinschaftlichen Mittagsessen folgte nach eine teilweise Besprechung durch die Stadt, von einem größeren Spaziergang wurde wegen teilweise frühzeitiger Abreise der Gäste Abstand genommen werden. Als angenehme Erinnerung wird mancher eine reich hergerichtete Postkartenphotographie sämtlicher Teilnehmer mitgenommen haben und vielleicht auch im kommenden Jahre wieder gerne nach der alten Reichstadt seine Schritte lenken.

(Schw. Volksbl.)

Stajan, 21. Juni. Heute nachmittag kurz nach 3 Uhr brach in den hinteren gelegenen Fahrstrassen der Frankenhofmühlstraße die Feuer aus, das anfänglich große Dimensionen annehmen drohte. Dem tätigen Bemühen des Personals und der herbeigeeilten Feuerwehr gelang es jedoch, das Feuer zu dämpfen und desselben nach 15minütiger Arbeit Herr zu werden. (C. B.)

Neuenbürg, 21. Juni. Die am Donnerstag hier abgehaltene Verwaltungskonferenz des Gemeindevorstandes Elektrizitätswerk für den Bezirk Galw hatte, wie schon kurz und teilweise berichtet wurde, sehr wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung. In erster Linie handelte es sich darum, das Ergebnis des durch Hrn. Prof. Besenmeyer an der Technischen Hochschule hier das ganze Projekt ausgearbeitete Dergutachten entgegenzunehmen, um die definitive Beschlussfassung über die Ausführung des Projekts herbeizuführen. Das Ergebnis des Gutachtens, das Dr. Prof. Besenmeyer persönlich in sachkundiger Weise erläuterte, konnte an der Hand der von Ingenieur Bahlinger gemachten Vorschlägen die Inangriffnahme des großen Unternehmens empfohlen, auch der anwesende Hr. Oberamtm. v. Heißbrand bestätigte wiederholt die technische Möglichkeit zum rationellen Ausbau des Wasserwerksprojekts; so kam dann der einstimmige Beschluss zur Ausführung des großen Unternehmens in begehrteter Weise zu Stande. Den zweiten Gegenstand bildete die Kaufnahme der zum ehemaligen Spitalberand gehörigen Gemeinden des Oberamts Neuenbürg, welche schon vielfache Anstrengungen zu selbständiger Versorgung mit elektrischer Kraft machten, aber nun den Aufschlag an den Galwener Elektrizitäts-Berand einstimmtig vorsehen. Die Kaufnahme der Gemeinden Arnshausen, Sirkelsfeld, Dornach, Grottenberg, Fehrerbach, Döbel, Grottenberg, Otterbach, Schwann mit ca. 10000 Einw. fand unter Berücksichtigung einiger Wünsche unter dem allgemeinen Bedingungen statt. Der Verband umfasst jetzt 90 Gemeinden und Teilgemeinden. Auch Vertreter der Stadt Galw waren anwesend, um sich von dem Stand der Dinge zu überzeugen; letztere Verhandlungen

solten über einen ist weit entfernt, aber doch (pre) die voranstehende Wert nur mit belästigen und Mitteilung bringt elektrische Gemeindefürde, was an dem Wert nehmer wahrhaftig durch die nehmen in sein und sollte die meinden auch in jeder Bezie verfährt der we

Stuttgart hat das bischöflich-anwaltliche Einverständnis des Strafanwaltes r Stuttgart haben sich hier Markt heranz die Bauverhältnisse höchstens 8 bis ihre Kirchen weiteren Schritt an die ihre r können. Die Kirchen in die zu zahlen, wie im Detail mit der Zwischens arbeitete. Die

Stuttg. lung des sind daß der (H) sich habe, mit Es war im feinstellen Es gelangte Verkauf 5,2 2595 Kg. nicht beträcht rüberfamml württemberg

Stuttg. hat im März durch einen Falles bei Beschäftigung ble mit der Härtung zu r Innern, der Eintragung Danach mü nicht weit y mund einer rüchzigkeit it sich zeitlich mund einer man, ganz beispielwei von Baum in den legt haben, vor Regel ganz uelligungen als einjähr

r. Co täglich bei großen Be zu bemerke Witterung in dem B Verstellm gleichen Operette welche die Publikum zu bejuche angegebene sich und d ins Theater gehalten.

Gen Laufe des Feinbad 28. Juni

Mag 21. Juni, der Land mobil zu der drei Hilfe de er noch r

St in einem sind des (H) Wählern Wiederbe



